

## **Antrag**

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,  
Martin Dolzer, Inge Hannemann, Stephan Jersch, Cansu Özdemir,  
Christiane Schneider, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Die Hamburger Museen für die Zukunft öffnen**

Es ist keine neue Debatte. Seit Jahren thematisieren Feuilletons und Kulturjournalisten/-innen regelmäßig die Frage nach kostenfreiem Zugang zu den Museen. Besonders dann, wenn es positive Anlässe dazu gibt – so zum Beispiel im vergangenen Jahr, als die Hamburger Kunsthalle im Monat ihres freien Eintritts nie da gewesene Besucher-/innenrekorde aufstellte.

Auch auf (kultur-)politischer Ebene ist schon vieles dazu gesagt worden – so empfiehlt zum Beispiel der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages den Museumsträger/-innen bereits im Jahr 2007, „ein eintrittsfreier Wochentag“ sei zu erwägen. „In- und ausländische Erfahrungen zeigen, freier Eintritt reduziert Schwellenängste und stärkt die Position des Museums als Bildungseinrichtung. Die Freigabe des Eintritts erscheint als Garant für höhere Besucherzahlen.“<sup>1</sup>

Im letzten Jahr haben die Berliner Regierungsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, sich einzusetzen „für eine kostenfreie Zeitspanne (...) für den Besuch öffentlicher Museen in Berlin (...), um finanzielle Hürden für den Museumsbesuch zu senken.“<sup>2</sup> Und auch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, hat sich entschlossen, den Ansatz eines kostenlosen Eintritts für das neu zu eröffnende Humboldt-Forum vorzuschlagen, eine Idee des Gründungsintendanten Neil MacGregor, der das neue Museum als „Bürgerforum für alle“ sieht. Und die Finanzierung? Der Gedanke des kostenlosen Eintritts fände „lebendigen Anklang im Kopf Schäubles“, so Frau Grütters.<sup>3</sup>

Warum ausgerechnet Hamburg, als weltoffene Stadt, sich diesem Diskurs bisher entzieht, bleibt unverständlich. Noch unverständlicher ist allerdings, dass die Hansestadt einer Öffnung und damit Weiterentwicklung ihrer eigenen Museen entgegenarbeitet, indem sie die hiesigen Eintrittspreise immer weiter in die Höhe treibt.

Dabei gehören die Hamburger Museen im Bundesdurchschnitt schon zu den eher teuren Häusern. In Bezug auf die Anzahl von Museen der höchsten Preiskategorie (über 6 Euro) liegt Hamburg mit 26,2 Prozent nach Berlin an zweiter Stelle.<sup>4</sup> Sämtliche Haupthäuser der Hamburger Museumsstiftungen sind insgesamt, übrigens auch im europaweiten Durchschnitt<sup>5</sup>, leider den hochpreisigen hinzuzurechnen.

---

<sup>1</sup> Vergleiche Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“, Seite 181.

<sup>2</sup> Vergleiche Koalitionsvereinbarung zwischen SPD (...), DIE LINKE (...) und BÜNDNIS 90/Die Grünen (...) für die Legislaturperiode 2016 – 2021, Seite 119.

<sup>3</sup> Vergleiche „Berliner Morgenpost“, 02.11.2016.

<sup>4</sup> Vergleiche Institut für Museumsforschung, Heft 70 – Statistische Gesamterhebung an den Museen der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2015, Seite 50.

<sup>5</sup> Vergleiche European Group on Museum Statistics, [http://www.egmus.eu/nc/en/statistics/complete\\_data/](http://www.egmus.eu/nc/en/statistics/complete_data/).

Und nun wird noch einmal nachgelegt: Wie aus der Antwort des Senats auf eine Schriftliche Kleine Anfrage (Drs. 21/8299) hervorgeht, wurden die Eintrittspreise beispielsweise im Museum für Kunst und Gewerbe (MKG) seit 2011 um 50 Prozent erhöht, auf mittlerweile 12 Euro. Das Museum für Völkerkunde und das Hamburg Museum haben ihre Ticketpreise seit 2011 um immerhin 1,50 Euro angezogen. Zuletzt stieg der Eintritt im Februar diesen Jahres bei der Stiftung Historische Museen Hamburg (SHMH): Hier mussten das Museum der Arbeit und das Altonaer Museum um mehr als 40 Prozent (seit 2011) zulegen – von 6 Euro auf 8,50 Euro.

Als Grund für Eintrittspreiserhöhungen führt der Senat allgemeine Kostensteigerungen ins Feld.<sup>6</sup> Dieses Argument wirft die Frage auf, wo diese Spirale enden soll, wenn Eintrittserlöse zur festen Größe bei der jährlichen Konsolidierung städtischer Museen gemacht werden und gleichzeitig eine indexierte öffentliche Zuwendungserhöhung von lediglich 1,5 Prozent p.a. im Hamburger Haushalt eingestellt ist.

Welchen Anteil am Gesamtbudget der Museen aber haben die Eintrittseinnahmen tatsächlich? Dazu lohnt es, sich die Erlösstruktur der Häuser genauer anzuschauen: Selbst in den publikumsstarken Museen wie der Kunsthalle und dem Museum für Kunst und Gewerbe werden nur 14 Prozent (Kunsthalle) beziehungsweise 12 Prozent (MKG) der Kosten durch Eintrittspreise gedeckt. Beim Völkerkundemuseum machen die Eintrittspreise gar nur 4 Prozent der Kosten aus, bei der Stiftung Historische Museen (Hamburg Museum, Museum der Arbeit und Altonaer Museum) sind es 5 Prozent und bei dem Helmsmuseum bringen die Tickets gerade mal 1,8 Prozent.

Sicher, am Ende des Jahres würden, bei gleichbleibenden Zuwendungsbeträgen, für die Häuser in der Bilanz einige Prozent an Einnahmen mehr oder weniger ins Gewicht fallen, aber hier kommen zwei weitere Fragen ins Spiel, mit denen sich die Stadt auseinandersetzen muss:

In welche Richtung sollen sich die Museen als klassische Non-Profit-Organisationen zukunftsgerichtet entwickeln, wenn sie einen ideellen Wert für die Gesellschaft erbringen sollen?

Und was ist die Stadt bereit, für die Zukunftsfähigkeit ihrer Museen zu investieren?

Deutlich wird in den letzten Jahren eine zunehmend wahrnehmbare Fokussierung öffentlicher Geldgeber auf besonders gewinnträchtige Sonderausstellungen und hohe Eintrittspreiserlöse durch ein zahlungskräftiges Publikum. Zwar können spektakuläre „Blockbuster-Ausstellungen“ immer wieder für Aufmerksamkeit und lange Schlangen von Besuchern/-innen sorgen, aber je größer der ökonomische Druck auf die Häuser wird, desto mehr werden die genuinen musealen Kernaufgaben in den Hintergrund gedrängt.

Auch diese Debatte ist nicht neu – nach dem Museumsgründungsboom der Achtzigerjahre und dem rezessionsbedingten Rückgang der Besucherzahlen in den Neunzigern wurde den Museen aufgezwungen, mit den vorhandenen Ressourcen effizienter zu arbeiten und gleichzeitig höhere Einnahmen zu erzielen. Diese Ansage gilt bis heute. Bei den Hamburger Museen hat die Professionalisierung im wirtschaftlichen Bereich mittlerweile aber einen derart hohen Standard erreicht, dass unter den gegebenen Bedingungen die Spielräume nahezu ausgeschöpft sind.

Gleichzeitig diskutiert die internationale Museumslandschaft aber nun auch seit Langem über die Modernisierung der Museen, dabei ist ein immer wiederkehrendes Thema neben der Etablierung neuer Vermittlungskonzepte auch die Öffnung der Häuser hin zu Bildungs- und Versammlungsarten für eine breitere Öffentlichkeit.

An dieser Herausforderung für die Museen sowie an einem zentralen gesellschaftspolitischen Bildungsgedanken und -auftrag setzt die Debatte um einen Abbau der finanziellen Hürden eines Museumsbesuchs an. Durch die Einrichtung eines freien Eintritts für die Sammlungen hat Hamburg die Chance, seine Museen für viel mehr Menschen zu öffnen und zu attraktiven Kommunikations- und Bildungsorten, zu sozialen Treffpunkten für alle zu machen. Mit der Wiederbelebung der Dauerausstellungen bestün-

---

<sup>6</sup> Vergleiche Drs. 21/8299, Seite 1.

de die Möglichkeit, die Schätze der Häuser neu erlebbar zu machen und den Häusern und ihren zentralen Aufgaben die Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, die sie verdient haben.

Eine vernünftige Strategie, die die Museen zukunftsfähig gestaltet und es ihnen erlaubt, sich einer breiteren Publikumsschicht zu öffnen, muss dementsprechend auch den Schritt beinhalten, finanzielle Hürden für den Museumsbesuch zu senken.

Demgegenüber ist das Instrument der Eintrittspreiserhöhung nicht geeignet, die Institutionen zu stärken. Eine Erhöhung der Preise droht vielmehr zu sinkenden Besucher-/innenzahlen zu führen und die Museen für die Zukunft zu schwächen.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. die jüngsten Erhöhungen der Eintrittspreise in den öffentlich geförderten Hamburger Museen rückgängig zu machen.
2. in Zusammenarbeit mit den einzelnen Institutionen zu prüfen, wie mittelfristig ein eintrittsfreier Wochentag in den Museen umgesetzt werden kann.
3. in Zusammenarbeit mit den Museen zu prüfen, wie langfristig ein freier Zugang zu den jeweiligen Dauerausstellungen und Sammlungen der einzelnen Häuser umgesetzt werden kann.
4. der Bürgerschaft bis zum 30.09.2017 zu berichten.